

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 300 h einschließlich
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telephon 41.

Anzeigenpreis: für die 8gepaltene
Kleinzeile oder deren Raum 75 h,
Reklamazeile 250 h.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Viebrich a. Rh. — Redaktion: Paul Jorschick, Viebrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 120

Donnerstag, den 20. Oktober 1921.

Postfachamt
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Einstellung der Krankenbrotdarstellung durch den Kommunalverband.

Nach Anhören der Bürgermeiste, des Kreises
hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung vom 13. Ok-
tober d. Js. beschlossen, das Krankenbrotdarstellen für
den Landkreis Wiesbaden im Wege der Zwangs-
wirtschaft aufzuheben.

Die Anordnungen über das Krankenbrotdarstellen
werden daher mit dem 13. November d. Js. aufge-
hoben und von diesem Tage an Weibrot auf
Warten nicht mehr ausgegeben. Die bis 13. No-
vember d. Js. laufenden Krankenbrotsarten werden
noch beliefert. Reuanträge und Verlängerungen
über Krankenbrotsbezug sind dem Kreisausschuss
nicht mehr vorzulegen.

Der Magistrat in Hochheim und die Gemeinde-
vorstände werden ersucht, diese Anordnung in der
Gemeinde wiederholt bekannt zu geben.

Besonders dürfte den zuständigen Herren
Kreisten davon Mitteilung zu machen sein, daß die
Ausstellung von Attesten wie bisher, hierdurch hin-
fällig wird.

Wiesbaden, den 15. Oktober 1921.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
A. Nr. 11. Korrst. 2222. Schiller.

Nr. 486.

Auf die in Nr. 49 des Regierungs-Amtsblattes
vom 8. Oktober veröffentlichte Bekanntmachung des
Herren Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom
12. September d. Js., betr. Handverkaufstage für
Krankentafeln, mache ich besonders aufmerksam.
Ich erinnere daran, daß auch die Besitzer der ört-
lichen Hausapotheken die Bestimmungen zu be-
achten und diese für ihre Äkten zu beschaffen
haben. Sonderabdrucke können gegen Einzahlung
von 2 Mark von dem Apotheker Dieterichs in Frank-
furt a. M. West (Konto 4245 beim Postkassendirektor
in Frankfurt a. M.) bezogen werden.

Wiesbaden, den 12. Oktober 1921.

Staatliches Versicherungsamt Wiesbaden-Land.
Der Vorsitzende.
A. Nr. V. A. 4981. Schiller.

Nr. 487.

Die Knochenausschüttung unter Schweinebeständen in
Hochheim ist erloschen. Die Geschäftssperre wurde
nach amtlicher Abnahme der Schlachtkörper-
infektion wieder aufgehoben.

Wiesbaden, den 15. Oktober 1921.

Der Landrat.

Nr. 488.

Es besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die
mit der Wucherverfolgung befaßten Polizeibehörden
die bei ihnen eingehenden einschlägigen Anzeigen
nicht ohne Anstellung von Ermittlungen und ohne
Erörterung der wirtschaftlichen Eigenart des Falles
an die Staatsanwaltschaften abgeben dürfen, son-
dern, daß sie die Pflicht haben, diese Anzeigen unter
voller Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen Kenntnisse
und Erfahrungen vor der Abgabe an die Staatsan-
waltschaften zu bearbeiten. Ich ersuche, zu veran-
lassen, daß Angelegenheiten der fraglichen Art von
den Polizeibehörden nötigenfalls im Benehmen mit
den Preisprüfungsstellen unter größter Bekanntheit
bearbeitet und alsdann ohne Verzug gemäß
§ 161 St. O. den Staatsanwaltschaften zur Ent-
scheidung abgegeben werden.

Berlin, den 4. Oktober 1921.

Der Minister des Innern.
A. Nr. ges. Freund.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich
um genaue Beachtung des vorstehenden Erlasses.
Wiesbaden, den 18. Oktober 1921.

Der Landrat.
A. Nr. V. 5030.

Nr. 489.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die
unter dem Titel „Die Schwarz-Schwarz — Frank-
reichs Schande“, von Josef Bang bei der Nord-
deutschen Verlags- und Treuhändergesellschaft, Berlin
SW. 11, Hedemannstraße 12 erschienene Broschüre
bawert und die beim Rheinisch-Westfälischen Ver-
lag erschienenen Broschüren „Das Rheinland in
Ketten“ vom 1. Oktober 1921 ab auf 3 Monate für
das besetzte Gebiet verboten.

Wiesbaden, den 17. Oktober 1921.

Der Landrat.

Nichtämmtlicher Teil.

Preussischer Landtag.

Berlin, 18. Oktober. Am preussischen Land-
tag wurde heute, nachdem ein Antrag der Volks-
partei auf Beteiligung des Ausschusses für Handel und
Gewerbe überwiegen und ein Antrag des Wirt-
schaftsausschusses angenommen worden war, der die
Abstellung der Goldrente der Ausgebirger durch
Naturalleistungen verlangt, die Aussprache
über die Personalpolitik des Mini-
sters des Innern fortgesetzt. Als erster Redner
trat der Kommunist G. Berlin auf, der gegen
den Minister und auch gegen Koos und andere
sozialdemokratischen Minister und Beamte scharfe
Angriffe richtete. Der zweifelhafte Redner hatte
keines Wortes über die Verhältnisse des Reiches
gesagt. Auf die Reden der Sozialdemokraten
zuzug und der mit Ausdrücken wie „Regierungs-

banditen, Regierungslumpen“ um sich warf. Abg.
Dejer (Dem.) nahm alsdann das Wort zu einer
kurzen Verteidigungsrede der Minister Dominicus
und legte kurz und sachlich die Stellung seiner Par-
tei zu der Politik des Ministers dar. Er betonte aus-
drücklich, daß seine Partei nach wie vor in einer breiten
Regierungsbasis die Verbedingung für den Wieder-
aufbau sehe. Es folgte eine Rede von Dominicus
und Severing. Der frühere
Innenminister warf seinem Amtsnachfolger aus-
drücklich eine Bevorzugung rechtsgerichteter Kreise vor.
Demgegenüber betonte der Minister, daß in der
jetzigen Zeit der Not der Verhältnisse mehr denn je
geschulter Beamter bedürfte und kein Herrum-
expirieren vertragen könne. Er gab an Hand
einer Liste Beispiele, aus der die Zahl der ernannten
amtsgerichteten Beamten während seiner Amtszeit
herausging. Zum Schluß der Aussprache sagte
der Abg. Reich (USP) dem ganzen Kabinett
Steigerung schärfsten Kampfs an. Nach persönlichen
Bemerkungen ging das Haus dann zur Be-
sprechung der Kartellfrage über. Von
allen Parteien waren Interpellationen und Anträge
eingegangen, die Maßnahmen verlangten, um die
drohende Krise abzumildern. Nach Begründung
einer großen Anfrage durch den Abg. Dr. Schröder-
Vielhagen (Dn.), in welcher von der Regierung Auf-
klärung über die Möglichkeit der Kartellver-
sorgung, Maßnahmen gegen die Verschlebung von
Kartellen ins Ausland, ausreichende Wagnis-
stellung und Verbilligung der Waren gefordert
wurde, vertagte das Haus die Weiterberatung auf
morgen 12 Uhr.

Sages-Rundschau.

Die Sanktionschäden.

Köln. In der Sitzung des Wirtschafts-
ausschusses des besetzten Gebietes wurde fol-
gende Entscheidung angenommen:

Der Wirtschaftsausschuss des besetzten Ge-
bietes richtet an die Reichsregierung das
dringende Ersuchen, mit größter Beschleunigung
im Gesetz- oder Verordnungswege für
einen Erlass der dem besetzten Gebiet durch die
wirtschaftlichen Sanktionen ent-
standenen Schäden Sorge zu tragen. In erster
Linie muß der Erlass derjenigen Beträge ge-
fordert werden, um welche der Betrag der so-
zialen Ausgabengabe im besetzten Gebiet
höher war, als im unbefetzten Deutschland und
in den Fällen, in denen die Abgabe zweimal
erhöht worden ist. Sodann kommt der Er-
lass der an der Rheingrenze erhobenen Ein-
und Ausgangszölle und weiter der Erlass der
beim Einfuhr- und Ausfuhramt bezahlten
Gebühren in Betracht, soweit diese für die
Rheingrenze erhoben worden sind, oder für
die Außengrenze höher waren, als die Gebüh-
ren der Außenhandelsstellen. Wenn das be-
setzte Gebiet nur den Erlass dieser Schäden for-
dert, so bleibt ihm noch ein großer Teil der
durch die Sanktionen erwachsenen Lasten zu
tragen übrig, weil durch die Einfuhr fremder
Waren, durch die Behinderung des Verkehrs
mit dem besetzten Gebiet, durch die großen, in-
folge der Zolllinie entstandenen Verkehrs-
störungen und durch die sonstigen mit den
Sanktionen zusammenhängenden Schwierig-
keiten die meisten Firmen große Ausfälle im
Umsatz erlitten haben und vielfach zu Ein-
schränkungen und sogar Stilllegung der Be-
triebe gezwungen wurden. Das Reich kann
sich dem Erlass der Schäden umso weniger ent-
ziehen, als nach ausdrücklicher Erklärung der
interalliierten Rheinlandkommission die im
besetzten Gebiet von ihr erhobenen Zölle, Ge-
bühren und Abgaben dem Deutschen Reich
auf Reparationskonto gutgeschrieben werden
sollen. Die Wiedergutmachung ist eine vom
ganzen Reich zu tragende Schuld und es muß
dem besetzten Gebiet den von ihm durch die
Sanktionen übernommenen Schuldteil vergü-
ten. Der Wirtschaftsausschuss des besetzten
Gebietes beweist nicht, daß das Reich sich
dieser Verpflichtung gegenüber dem durch die
Besetzung in allen Beziehungen ohnehin be-
drückten und geschädigten besetzten Gebiet nicht
entziehen wird.

Eine Frage nach dem Gesetz über religiöse Kindererziehung.

Berlin. Im Landtag hat das Zentrum
nachstehende kleine Anfrage Dr. Jorsch eingebracht:
Das Reichsgesetz vom 15. Juli 1921, betreffend die
religiöse Kindererziehung, soll am 1. Januar 1922
für das ganze Reich in Kraft treten, es kann indes
für ein Land durch Verordnung des Reichsprä-
sidenten mit Zustimmung der betreffenden Landes-
regierung schon zu einem früheren Zeitpunkt in
Kraft gesetzt werden. Mit Rücksicht auf die schwere
Gewissensbedrückung, die der bisherige Rechtszu-
stand namentlich für viele Mütter mit sich bringt,
wäre ein möglichst baldiges Inkrafttreten des Ge-
setzes auch für Preußen in hohem Grade wünschens-
wert. Ist das Staatsministerium bereit, den Erlass
der entsprechenden Verordnung beim Reichsprä-
sidenten unverzüglich zu beantragen?

Ausgleichszulage für die besetzten Gebiete.

Berlin. Auf eine Anfrage gab der Finanz-
minister dem preussischen Landtag den Bescheid,
besondere Ausgleichszulagen oder Bei-
hilfen für die besetzten Gebiete könnten
nicht gewährt werden. Nachdem jedoch die
Ausgleichszulage zum Grundgehalt, zum Ortszu-
schlag und zu den Kinderbeihilfen erheblich auf-
gehoht worden seien, könne ein dringendes Bedürf-
nis, für die besetzten Gebiete weitere Maßnahmen
zu treffen, nicht anerkannt werden, zumal den dort
bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen bei der
Aufstellung des vorläufigen Ortsklassenverzeichnis
in weitem Maße Rechnung getragen worden sei und
bei der endgültigen Regelung dieser Frage den
Wünschen, soweit sie als berechtigt anzuerkennen
sind, noch weiter entgegengekommen werden werde.

Eine Erklärung Ludendorffs.

In eigener Sache veröffentlicht General Luden-
dorff folgendes:

Herr Dr. Scheidemann schreibt in der
„Globe“: „Dabei ist Ludendorff nach
Schweden geflohen, während Hindenburg,
Groener und Schück in anerkanntem Bismarck-
gefühl und aus Sorge um das zurückflutende Meer
im Dienst blieben.“ Ganz abgesehen davon, daß
das Meer nicht zurückflutete, da die kämpfenden
Truppen fest in der Hand ihrer Führer waren,
mache ich demgegenüber folgende Feststellung: 1.
Ein Vergleich zwischen meinem Handeln und dem
der genannten drei Offiziere ist ganz ausgeschlossen,
da ich am 26. Oktober verabschiedet wor-
den war und jenes, wie ich annehmen muß, auf
Drängen des Kriegskabinetts, dem auch Herr
Scheidemann angehörte, geschieden ist. Ich glaube,
das Kriegskabinett oder später die drei Volksbeauf-
tragten hätten meine Dienste gar nicht angenom-
men, wenn ich auf den Gedanken gekommen wäre,
sie neu anzubieten und gleich den genannten
Herren mit ihnen zu arbeiten. 2. Ich bin nach
Ausbruch der Revolution nicht nach Schweden
geflohen. Zunächst war ich, da verabschiedet,
Privatmann und konnte mich als Deutscher hinbe-
geben, wohin es mir paßte. Hier lag aber die
Sache anders. Zufolge der Hege, die namentlich
von sozialdemokratischer Seite gegen mich be-
trieben war, war ich in den Revolutionsstagen für
alle die eine Gefahr geworden, die mich aufnehmen
oder aufnehmen wollten. Eine eigene Wohnung
besaß ich damals nicht. Ich fandte deshalb Haupt-
mann Brenner zum Minister Scheid, damit dieser
den Volksbeauftragten Ebert zum Schutz für mich
und die erludete, die mich aufnehmen. Falls der
Volksbeauftragte Ebert nicht in der Lage sei, diesen
Schutz sicherzustellen, erludete ich um Auslandspas-
sierung. Dieser Pas wurde mir dann durch Vermittlung
des Auswärtigen Amtes zugesandt. Als ich in
Schweden meine Kriegserinnerungen beenden wollte,
kehrte ich Ende 1919 nach Deutschland zurück.

König Ludwig III. †.

Budapest, 18. Oktober. Der frühere König
Ludwig von Bayern ist heute, nachmittags
4 Uhr 30 Min. in Saroor gestorben. An seinem
Sterbebett weilten Kronprinz Rupprecht, Prinz
Franz, die Fürstin von Hohenzollern, der Herzog
von Calabrien, die drei Töchter des Königs sowie
die Verze. Der Pfarrer von Saroor sprach die
Sterbegebete. König Ludwig wurde am 7. Januar
1845 geboren, stand also im 77. Lebensjahre.

Im Saroor, 19. Oktober. Der Tod des
früheren Königs von Bayern ist infolge
starker Magenblutungen eingetreten. Die Leiche
wurde einbalsamiert und wird in einigen Tagen
nach München überführt werden. Dorthin werden
sich auch die Mitglieder der Familie und der Hofhal-
tung begeben.

Kleine Mitteilungen.

Neue Reichspostmarken. Das Reichspostmini-
sterium hat sich entschlossen, aus Anlaß der Deutschen
Gewerkschaften München 1922 besondere Aus-
stellungs-Postmarken herauszugeben. Die Brief-
marken der Deutschen Gewerkschaften, über deren
künstlerische Ausführung die Verhandlungen noch
schweben, werden insbesondere in Sammlerkreisen
starke Beachtung und Nachfrage finden.

Frankreich braucht deutsche Arbeiter. In der
„Lanterne“ erhebt ein sozialistischer Abgeordneter
aus dem Departement Pas-de-Calais, Georges
Barthelemy, die Forderung, Deutschland möge ver-
anlaßt werden, Frankreich bald die fehlenden Ar-
beiter für den Wiederaufbau zu liefern. Wenn man
sage, die Bevölkerung wolle das nicht, so läge man
falsch.

Die amerikanischen Truppen am Rhein. Laut
Hayes erklärte Senator Mac Kinley im Senat,
Amerika müsse seine Truppen am Rhein belassen,
da es die amerikanischen Interessen in Europa er-
forderten.

Renal. Das russische Pressebüro demen-
tiert die Meldung von der Ermordung
Joffes. Dieser befindet sich wohlbehalten in
Tajkent.

Die deutschen Reparationsleistungen an Eng-
land. Zu der Meldung der „Daily Mail“, daß
Deutschland mit der englischen Regierung über die

Abführung der Geldzahlungen durch Sachleistungen
Verhandlungen angeknüpft habe, wird den Berliner
Blättern von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß von
Verhandlungen noch keine Rede sein könne. Es
hätten nur unverbindliche Besprechungen stattge-
funden.

Helsingfors. Die englische Abordnung, die
sich einige Zeit in Moskau aufgehalten hat,
kehrt demnach über Petersburg nach Helsing-
fors zurück. Es scheint, daß die Abordnung
zu der Ansicht gelangt ist, daß der allge-
meine Verfall Sowjetrusslands
so tief ist, daß regelmäßige Handelsbezie-
hungen mit Rußland erst nach längerer Zeit
wieder aufgenommen werden können.

Die Berliner Stadtordeordnetenwahl.

Berlin, 17. Oktober. Der „B. Z.“
zufolge ergibt sich aus der Stimmenzahl der
einzelnen Parteien, daß bei der ge-
trügten Stadtordeordnetenwahl rund 842 000 Bürger-
liche und etwa 815 000 Sozialdemokraten und
kommunisten Stimmen abgegeben haben.
Demnach wird das neue Stadtparlament 115
Bürgerliche sowie 110 Sozialisten und Kom-
munisten zählen. Nach der Berechnung der
Mehrheitslisten wäre nur mit einer
bürgerlichen Mehrheit von höch-
stens zwei Mandaten zu rechnen.

Die Lüdenscheider Attentäter verhaftet.

Wie die Blätter erfahren, sind die Täter, die
das Attentat auf Stresemann nach dessen
Rückkehr auf dem Lüdenscheider Bahnhofs der Deutschen
Volkspartei verübten, gestern verhaftet worden.
Es sind im ganzen fünf Personen, die sämtlich ein-
geschriebene Mitglieder der kommunistischen Partei
sind. — Der Minister des Innern hatte auf die Er-
greifung der Täter eine Belohnung von 10 000 Mk.
ausgesetzt.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Hochheim. Wie bereits in einer Voranzeige
herausgegeben, hält der Zentralverband der Land-
arbeiter Christ. Gewerkschaft Ortsverein Hochheim
a. M. am Sonntag, den 23. Oktober im Gasthof zur
Krone eine Familienfeier ab. Ein von glück-
licher Hand zusammengestelltes, durchaus gediegenes
Programm, bestehend aus Prolog, Freitexte, Musik-
und Mandolinenvorlesungen, 4 Theateraufführungen
bürgt für Stunden angenehmer Erholung. Die
Wabenverkostung dürfte selbst die vernünftigsten An-
sprüche zufrieden stellen. In reichhaltiger Auswahl
kommen zur Verkostung Wein, Lebensmittel, Haus-
haltungs- und Bedarfsgegenstände. Eine vollbelegte
Musikkapelle, sowie der Mandolinenkreis wird die
ganze Feier mit sinnreich ausgewählten Stücken
würdig umrahmen. Der Ortsverein ladet durch
Inserat in der heutigen Nummer sämtliche Bewoh-
ner der Stadt Hochheim und Umgebung zu
dieser Veranstaltung ein.

Personenstands-Ausnahme. In
den letzten Tagen ist den Bewohnern der Vorstadt
für die Personenstandsaufnahme zugegangen. Die
Liste ist von jedem Haushaltungsvorstand und von
jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung nach
dem Stande am 20. Oktober 1921 auszufüllen. In
die Liste sind sämtliche in der Wohnung wohnen-
den Personen (Ehegatten, Kinder, Dienstmädchen,
Unter- und Schlafstellenmieter) nach dem Stande am
20. Oktober einzutragen, gleichviel ob es sich um
Personen mit selbständigem Einkommen oder Ber-
mögen handelt oder nicht. Auch vorübergehend ab-
wesende Personen müssen eingetragen werden.
rpn. Auflieferung von Telegrammen
durch Fernsprecher. Der Fernsprechei-
nehmer kann von seinem Anschluß aus Telegramme
dem Vermittlungsamt zusprechen. Für die Auf-
nahme eines solchen Telegramms erhebt die Tele-
graphenverwaltung eine Gebühr von 10 Pfg. für
das Wort, mindestens 2 Mark, neben den bestim-
mungsmäßigen Beisprache- und Telegrammge-
bühren. Zur Ausführung der Übermittlung des
Telegramms braucht der Teilnehmer lediglich seine
Bermittlungsansatz anzurufen und ihn keine Mittheilung
mitzuteilen. Er wird dann mit der Telegrammauf-
nahme verbunden, die das Telegramm entgegen-
nimmt.

Zu dem am Sonntag in Wiesbaden
abgehaltenen Frauenwettkampfe hatten
sich gegen 120 Turnerinnen der Gauen Süd-Nassau,
Rhein- und Unter-Rhein und Hunsrück den Kampf-
richtern gestellt, ungefähr zur gleichen Hälfte in der
Ober- und in der Unterstufe. Es waren die ausge-
suchten besten Kräfte ihrer heimlichen Vereine und
die große Zahl der Teilnehmerinnen zeigte, daß sie den
gestellten recht schwierigen Aufgaben gewachsen
waren. Tatsächlich mußte der Turnwartmann
Frauen über diese durchweg von allen gezeigten
turnerischen Fertigkeiten und die in ihrer großen
Mehrheit sehr jugendlichen Wettkämpferinnen können,
was Eifer, Ernst und Aufmerksamkeit in der Aus-
führung der Übungen angeht, ihre männlichen
Kollegen durchaus in den Schatten stellen. Eine
Rangfolge jugendlicher Turnerinnen kamen als
bessere Siegerinnen, ja an den ersten Stellen,
heraus. Der Nachmittag brachte ein gelungenes
Schauturnen, das auch bei dem guten Belauf der
Zuschauer, den die große Turnhalle aufwies, als
Wettkämpfer bezeichnet werden kann.

* Frost- und Tauwettervorhersagen.
Mit Einsetzen der kälteren Jahreszeit richtet die

Wetterdienststelle Frankfurt a. M. wieder den seit vielen Jahren bewährten Frost- und Taumetervorhergesagendienst ein. Durch dieses Vorhergesagen, die namentlich im vergangenen Jahre bei der jetzt eintreffenden Rölle sich ausgezeichnet bewährt haben, und durch die zahlreiche Karallentransporte vor dem Erfrieren gerettet wurden, wird allen denjenigen Berufsreisen, die von Frost- und Taumeter abhängig sind, Lebensmittelföhrden, Lebensmittel- und Weingroßhandlungen, Industrieverle mit eis Wasserfrost arbeiten, Brauereien, die sich mit Eis eindenken müssen, Bauunternehmer, Schiffsfabrikanten usw. Gelegenheit geboten, sich rechtzeitig über die Frost- und Taumeterausichten auf dem Gangeuden zu halten. Die Wetterdienststelle Frankfurt a. M. (Telefonruf Taurus 814) gibt ihren Abonnenten frühzeitige Auskunft über die zu erwartenden Frost- und Taumeteranschläge für alle Teile Mitteleuropas.

Großfeuer.

Biebrich, den 19. Oktober 1921.

Nachdem unsere Stadt glücklicherweise jahrelang von einem größeren Brand verschont geblieben ist, mußte unsere Feuerwehr in der letzten Nacht den Kampf mit einem solchen aufnehmen. Etwa um 10 Uhr 20 Min. war in dem in der ehemaligen Kurfürsten-Küche, die die Firma Kalle u. Co. Alt-Gel. von der Stadt Wiesbaden gepachtet hat, untergebrachten Tabakstofi-Lager ein Brand ausgebrochen, der außerordentlich schnell um sich griff. Die freiwillige Feuerwehr, die in der kürzester Zeit mit sämtlichen Geräten und der Dampfspritze am Brandplatze eintraf, wo bereits die Kalle'sche Feuerwehr bei der Arbeit war, mußte ihre Tätigkeit darauf beschränken, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken, was auch den eifrigen Anstrengungen gelang. Unterstützung wurde sie in ihrer Arbeit durch die ebenfalls erschienenen Fabrikfeuerwehren der Chem. Werke vorm. H. u. E. Albert und der Portlandzementfabrik Dyckerhoff u. Söhne. Als günstiger Umstand kam den Lösarbeiten die herrschende Windstille und die mondhellte Nacht zu statten. Etwa um halb 2 Uhr war der Brand soweit unterdrückt, daß die weitere Tätigkeit einer größeren Brandwache überlassen werden konnte. Die Dampfspritze war ununterbrochen bis 4 Uhr in Betrieb und mußte morgens, um ein Neuausleben der Flammen in den Trümmern zu verhindern, von neuem in Tätigkeit treten. Entstanden war der Brand in einer nach dem Rhein hin gelegenen Lagerhalle, von wo er auf das in geringer Entfernung stehende Hauptlagergebäude mit der Verladungsabteilung übergriff. Die in diesen befindlichen Tabakstoffsorräte fielen samt der Büro-Einrichtung dem Brand zum Opfer. Der angerichtete Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, ist außerordentlich hoch, läßt sich aber noch nicht annähernd überschauen. Die Entstehungsurache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden. Von den auf dem eigenen Gelände der Fabrik gelegenen Gebäuden wurde keines bei dem Brand in Mitleidenschaft gezogen; dieser blieb auf die Gebäudetheile der alten Kurfürstennühle beschränkt, womit dieses alte historische Gebäude ein unruhliches Ende gefunden hat. Der Betrieb der Fabrik erleidet durch den Brand keinerlei Störung.

Je Wiesbaden. Ein Arbeiter aus Bielefeld, der dringenden Verdacht ist, dem Stegelfrenner M. dorffels durch Einsteigen Wertgegenstände und Bargeld entwendet zu haben, wurde in Untersuchungshaft genommen, ebenso die Arbeiter Georg Gerlach und Johann Kraus von Wiesbaden, die beschuldigt werden, aus dem Lager der Firma Weiss u. Co. am hiesigen Bahnhof zehn Tausend schwarzen Pfeffer im Werte von 14.000 Mark entwendet zu haben. Der gefasste Helfer wurde im Auto nach Mainz befördert und dort an den Kaufmann David Kapp abgeliefert.

— Dießern begann in Wiesbaden eine bedeutungsvolle Tagung des Deutschen Gewerkschaftsverbandes. Mit rund 4000 Mann, Arbeit, Handwerk, Bau-, Korb- und ähnliche Gewerkschaften als Mitglieder stellt der Verband eine der umfangreichsten wirtschaftlichen Vereinigungen dar, dessen diesjährige Vertretertagung in Anbetracht der Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen im ganzen Reich mit lebhafter Spannung entgegenzusehen wird. Die ersten Tage sind den einzelnen Vorgesprächen der engeren Kreise vorbehalten. Am 19. Oktober beginnt die eigentliche Tagung mit der ersten Hauptversammlung. In drei Tagen sind 10 Vorträge und eine ganze Reihe von Sitzungen der einzelnen Organisationen des Verbandes, sowie Festspiele im Staatstheater und im Kurhaus vorgesehen. Die gesamte Tagung wird den Charakter einer Jubiläums-Gedenkfeier an Ehren des Reichsfürsten Hans Gräber haben, der vor 25 Jahren in Wiesbaden als lebender Annal erwähnt wurde und sie soll als solche im Zeichen der Betriebsobhut stehen, über die der Verbandsdirektor Dr. Dörfl, Preside referieren wird, während die Verbandszeitung in einer Sonderausgabe das gleiche Thema behandeln wird und eine von Dr. Marx, Berlin geleitete umfangreiche Ausstellung die neuesten Erfindungen der betriebswirtschaftlichen Einrichtungen vorführen soll.

— Einer der angesehensten und bestbekannten Gefangenvereine, der Wiesbadener Männergefängnisverein, feierte am 15., 16. und 17. Oktober das Fest seines 40jährigen Bestehens. Ein Festkomitee unter Leitung Prof. Mannfeldts fand im Kurhaus statt und brachte einen großen künstlerischen Erfolg. Als Gäste waren Vertreter bekannter Gefangenvereine aus Frankfurt a. M., Mainz, Berlin, Heidelberg, Kreuznach usw. erschienen. Der Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes Medizinalrat Riß-Berlin überreichte die anlässlich des 40jährigen Bestehens verliehene und wegen des Krieges nicht überreichte Ehrenurkunde des Deutschen Sängerbundes. Als Vertreter der Regierung sprach Oberregierungsrat Häbern die Glückwünsche der preussischen Regierung aus und überreichte für die preussische Regierung 5000 Mark als Anerkennung für die Verdienste um das deutsche Lied. In Ehrenmitgliedern wurden Bürgermeister Trauer, der ausgesessene Wiesbadener Musikaler Nögler genannt.

des Schmutzgerichts. Am Montag, dem ersten Verordnungsstage, fand die Sache zur Aburteilung im qualifizierten Saal, dessen der aus der Untersuchungshaft vorgeführte, 1903 geborene Keller Otto Richter aus Wiesbaden angeklagt ist; er ist verheiratet. Außerdem schwand zu-

me Das Schwurgericht verhandelt am Dienstag gegen eine in Wiesbaden bedienstete Dienstmagd wegen vorläufiger Lösung ihres neuborenen Kindes, dessen Leiche in einer Wohnung die sie kurz vorher bei fremden Leuten genommen hatte, in einem Handkoffer, der sich in einem großen Schließkorb befand, gefunden worden war. Während der Verhandlung wurde die Desfentlichkeit ausgeschlossen. Auf Grund des Spruches der Geschworenen, welcher die Schuldfrage verneinte, wurde die Angeklagte kostenlos freigesprochen. — Bei der zweiten Anklage kommt ein willkürlicher Mord in Frage, dessen sich ein 22jähriges Mädchen aus Kongsensholmbach in einer Alimentationskassendiebstahl gemacht haben soll. In dem Prozeß wurde sie mit ihrem Anspruch abgewiesen. Die Angeklagte befreit jede Schuld, weil sie sich über den Begriff der trübsigen Zeit nicht klar gewesen sei. Die Geschworenen erkannten sie aber für schuldig und verurtheilten sie zu 5 Monaten Gefängnis.

In der Kaufmann Franz Vogt, 26 Jahre alt, ließ sich im Kato zur Soltenheimer Altwiese fahren. Da ihm das Geld ausgegangen war, kumte er von dem Kesswagenführer zur Bezahlung seiner Autoschuld in Höhe von 200 Mark Stundung dadurch zu erlangen, daß er ihm ein Spartaßebuch als Pfand übergab, in das der Kaufmann eine angeblich erledigte Einzahlung über 100 Mk. eingetragen und mit falschen Unterschriften versehen hatte. Die Scheinbettel hat bald heraus. Das Finanzhur Gericht verurteilte den leichtsinnigen Mann wegen Urkundenfälschung zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis.

Im Auf der Fahrt vom Opladen nach Köln wurden vor einiger Zeit einem bis jetzt noch nicht ermittelten Fahrzeugs aus der Hanstädter 20.000 Mark gestohlen. Ein Zeit des Verdes, 6000 Mark, fand man bei dem am Wohnung von Schwurgericht wegen Raub verurteilten Arrest Otto Richter, von hier vor. Vor den Schöffen befragt Richter, daß er der Dieb sei. Er gab an, nur Zeuge des Diebstahls gewesen zu sein und die sechs Mille als Schweregegend aus dem Dieb erhalten zu haben. Trotzdem wurde Richter wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Da der Bestohlene sich bis heute noch nicht gemeldet, muß angenommen werden, daß er entweder zu der Kategorie der Escaper gehört. Für die bekanntlich 20.000 Emwonen keine Rolle spielen, oder aber er hat sie selbst geklaut.

Französische Herbstkneuen in Erbenheim.

Sonntag, 16. Oktober 1921

1. Preis von der Sieg. 2000 Franken. 5000
Meter. 1. Lieutenant Courretts „Kermesse 9“. Sieg:
26:10.

2. Preis von Friedrich. 600 Franken. 1800
 Peter, 1. Adj. Capes' "Horation", 2. "Rousselliste".
 3. "Oras". Sieg: 19:10; Platz 14, 26, 20:10.
 3. Ehrenantheilen-Preis. 1600 Franken. 2500

3. „Be Bréjage“ Stieg: 38:10; Flug: 18, 16, 23:10.
2. Preis: Gutteur A. 5000 Franken, 4500

3. „Rij Vigoreus“. Sieg: 32:10; Flap: 12, 13, 13:10

5. Preis von der Bahn. 1000 Franken. 4500
Meter. 1. Rapt. Chapelles' "Noobias". 2. "Sakti-
odor". 3. Duffini 2". Sieg: 23:10; Platz: 16, 20,
16:10.

Reiter. 1. Demend Pentons „Landspreed“. 2. „Blach
Pold“. Sieg: 30:10; Play: 15, 14:10.

Kauf an die nassauische Bauernschaft.

Die Bezirksbauernschaft für Nassau erlöst im „Nassauer Land“ folgenden Auktions: „Mit Grund der Beschlüsse der Vertreterversammlung der Bezirksbauernschaft für Nassau und den Kreis Wehlau vom 3. Oktober d. J. richten wir an unsere Berufstollegen die dringende Bitte, allen Mitgliedern, die

nicht in der Lage sind, bei der erneuten Lebensunterstützung durch eine Lohn- oder Gehaltsverhöhung den wachsenden Ernährungsbedürfnissen begegnen zu können, die Kartoffelverversorgung zu unterstützen und zu ermöglichen. Infolge der geringen Ernte wird in vielen Familien die Befürchtung gehegt, daß die Versorgung mit Kartoffeln überhaupt nicht oder nur zu Breiten erfolgen könne, welche für die genannten Kreise unzureichend sind. Die Sorge um das tägliche Brot macht die Gemüther empfindlicher für die gemeinliche Noth, die gegen uns getrieben wird, und viele glauben nun, den Schuldigen an der herrschenden Noth im Bauernlande zu sehen. Angesichts dieser Lage halten wir es für unsere Pflicht, nach Möglichkeit zu helfen und die Noth zu lindern. Die Landwirthe werden ja selbst am meisten durch die mangelhafte Ernte betroffen, denn der Anfall der Ernte kann unmöglich durch einen hohen Preis ausgeglichen werden. Trotzdem wollen wir im Einvernehmen mit unseren Nachbarnverbänden den nothleidenden Familien helfen, indem wir ihnen die Kartoffeln zu einem bezugsbegünstigten und erträglichen Preise liefern. Selbstverständlich müssen der Vierterung Verhandlungen mit den Kreisbauernverbänden vorausgehen, und die zu liefernde Menge muß durch die Vertreter der Bedürftigen genau festgesetzt werden. Dieses Hilfswort wird aber nur möglich sein, wenn sich jeder nach seinem Können daran beistellt und je nach der Größe seiner Ankaufssätze eine bestimmte Menge liefert. Wir richten daher an alle Kreisbauernverbände die Bitte, das Hilfswort vorzubereiten und mit den Gemeindebauernschaften die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. Vandalste, zeigt durch Eure freiwillige Hilfe, daß Ihr ein Herz habt für die wirklich Armen und Bedürftigen und daß Euch die heftigsten Noth- und Schmachreden zu unrecht treffen."

Im Hörsaal a. M., 17. Oktober. Das Hörsaal
Kreisblatt hat heute wegen eines Artikels „Ein
neues Fleisch-Verbot“, in dem die Entscheidung
des Völkerrundrates über Oberfleisch kritisch be-
urteilt wurde, auf drei Tage verfallen werden.

teiler wurde, auf drei Tage veroben worden.
 18. Oktober. Das „hächste
 Kreisblatt“ enthält folgende Erklärung:
 Der Kreisdelegierte Major Sandacker hat die
 Erklärungswort für das Kreisblatt auf ten
 getreten. Es ist für die Kreisdelegierten wird das Blatt von heute ab
 wieder erscheinen.

— Nachdem der größte Teil der ausge-
sperrt gemessenen Arbeiter der hiesiger Farbwerke
am Samstag die Bedingungen der Werksleitung
über die Wiederaufnahme der Arbeit angenommen
hatte, wurde Montag der Betrieb der Farbwerke
wieder eröffnet. Schon am ersten Tage konnte eine
große Anzahl der Arbeiter Beschäftigung finden.
In den nächsten Tagen werden weitere Ein-
stellungen von Arbeitsträtern erfolgen.

daß die Höchster Farbwerke mittheilen, sind die Werke nunmehr wieder eröffnet worden, nachdem die Arbeiterchaft in der letzten Sitzung mit großer Mehrheit für die Annahme der nachfolgenden Bedingungen sich ausgesprochen hatte: Weitergehend bleiben die schon vor der Stilllegung geltenden tariflichen Vereinbarungen, die Wiedereinstellung erfolgt nach freiem Ermessen der Direktion; nicht geleistete Arbeit wird nicht bezahlt.

In Frankfurt. Der Oberleutnant Hans Schmidt der Darmstädter Schupo überfuhr am Samstag hier den 23-jährigen Kaufmann Josef Kraus mit einem Kraftautomobil und verletzte ihn so schwer, daß er kurz nach der Einlieferung in das Städtische Krankenhaus verstarb. Schmidt belag, wie die Ermittlungen ergaben, seinen Führerschein und war auch sonst nicht berechtigt, den Wagen zu fahren.

Die Förderung des Rhein-Main-Donau-Kanals ist die Gründung einer Alltagsgesellschaft mit dem Sitz in München geplant, an der sich die interessierten Staaten und Städte, Industrie und Schiffsahrt beteiligen sollen. Auch für die Stadt Frankfurt ist eine Beteiligung in Aussicht genommen, und zwar wird als Summe der Beiträge zehn Millionen Mark genannt. Ein Beschluß des Reichsrats liegt noch nicht vor.

In Weismann mehr Schüler die höheren Lehranstalten zur Erlangung des Reifezeugnisses befehlen, sind die oberen Klassen der Frankfurter Lehranstalten verdrängt. Die jungen Leute wenden sich, da die Eltern die Mittel zum Studium nicht mehr aufbringen können, in wachsender Zahl praktischen Berufen zu. Kommt es zur Abzehrung zum Beispiel an außerordentlich großer. Um nur ein Beispiel von der Verringerung der oberen Klassen zu geben: In der Internatschule eines städtischen Gymnasiums befanden sich vor Jahresfrist noch 28 Schüler, heute zählt die aus dieser Klasse hervorgegangene Oberprima nur noch 7 Schüler.

In Am Samstag abend verlor die 34jährige Gemeinderathesfrau Franz Woff aus Herrsheim auf einen schon im Abrollen befindlichen Zug zu springen. Er trat fehl, geriet unter die Räder und wurde auf der Stelle getödtet. Man mußte ein Trübschiff durchziehen, um den Toten aus dem Untergerüst des Wagens zu befreien. Woff trug einen künftlichen Arm.

— Der Lazarettoberinspektor Ludwig Wichmann, der während des Krieges das Pfortenlazarett in Bad Homburg leitete, hat im Jahre 1918 größere Mengen Danks unterbringen, die für die Lazarettinsassen geliefert worden waren. Es heißt, die Menge habe 5 Tonnern betragen. Die Strafkammer verurteilte Wichmann wegen dieser Unterbringung zu drei Monaten Gefängnis.

Meinung. 40 Mark für die Fläche „Neuen“! Der Wollterran des Jahres 1921 liegt infolge der richtigen Nachfrage im Preise von Tag zu Tag immer mehr, so daß er heute mit 40 Mk. pro Äter eine Höhe erreicht hat, wie er für Woll- oder Federweihen noch niemals seit Menschenedenken geschildt wurde. Während in den ersten Herbsttagen der „Halbe“ immer noch 4 bis 6 Mark zu haben war, kostet er heute schon seine 9 bis 10 Mark. Für besonders gute Ätere wird noch erheblich mehr gefordert. Daher ist auch nirgends in Wirtschaften etwas von dem Neuen zu sehen. In ganz Mainz z. B., in dem es früher um diese Zeit von Unzweifeln nur so wimmelte, ist — kein Fingerhut voll Neuen aufzutreiben.

Während dem Ausbruch der Revolution wurden im Herbst 1918 in den Mainzer Außenbefestigungen größte Mengen an Material, vor allem Zement, Türen, Baublock usw., als wertvolles Gut einmündet und für die Errichtung von Privatbauten verwendet. Die mehrfache Aufforderung, dieses Material zurückzugeben oder wegen Verwertung anzumelden, war ohne ersichtlichen Erfolg. Nun haben die Befehlsgeschörden die Militärpolizei angewiesen, durch Hausdurchsuchungen dem Verbleib dieses Materials nachzugehen. Wegen der Gefahr durch Strahlentzünde bei dem Militärgüter erhoben. So werden außer empfindlichen Geldstrafen auch noch Schadenersatzleistungen an die französischen Militärverwaltung auferlegt, die in Strafen geleistet werden müssen. In einem Fall ist bereits ein Arbeiter aus Griesheim, der sich vor Jahren angelernt und zum Hausbau verwandt

hätte, zu einer Geldstrafe von 500 Mark wegen der Nichtanmeldung verurteilt worden. Außerdem muß er, da die Schäden nicht ersetzt werden können, den Sachwert durch Zahlung von dreihundert Franken zum Kurse von sieben Mark erliegen.

23. März. 18. Oktober. Wegen Zollunter-
ziehung und Urkundenfälschung wurde der hier
wohnende französische Kaufmann Leon Dodier vom
Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis, 12 675
Franken und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er
hatte im Mai d. J. 5000 Kilo Schrotkörbe und 1800
Kilo Stämme als „Militärut.“ ins besetzte Gebiet ein-
geführt, ohne Zoll zu zahlen, aber nur einen Teil
der Ware an die Besatzungstruppen und den Rest
an deutsche Kaufleute abgesetzt. In dem ihm von
der Militärbehörde richtig ausgefertigten Lieferungs-
konds hatte er die Zahlen einfach erhöht.

Die auch Armeelieferanten waren die Kaufleute Paul V'homme und dessen Kompanien Mokhtar T'ehmor, ein türkischer Untertan, in Mainz. Beide besaßen ihre Eigenschaft als Lieferanten der Armee zum Schmuggeln von Kaffee und Sardinien. V'homme hatte außerdem eine Goldkellerei über 50 Kisten Sardinien in „500“ umgewandelt. Urteil: V'homme erhält zwei Jahre Gefängnis, 75.000 Mark sowie 40.760 Francs Geldstrafe, der T'ehmor 3000 Mark und 15.476 Franc Geldstrafe.

Seligenstadt. Das fünfviertel Jahre alte Kind des Schleusenwärters Dömling bei der Schleuse Groß-Walzheim fiel in ein Wasserloch im Garten der Eltern und ertrank.

Bad Nauheim. Einem Ausländer wurde in einem hiesigen Hotel eine goldene Bordkettendel mit einer erblengroßen Perle im Werte von etwa 920 000 Mark durch einen bisher unbekannten Täter gestohlen. Auf die Wiederherbeilegung der Kette hat der Bestohlene eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt.

Kreuznach. Eine weite Kreise interessierende Verhandlung fand vor dem hiesigen Schöffengericht statt. Die Weinstra 1. hier verkaufte einen Weißfeiner Wein als „Riersteiner Domstol“. Da die letztgenannte Weinbergstraße zwei Gemarkungen gehört, kann sie als Sammelnamen verwendet werden. Die geänderten Sachverhältnissen erklärten, bei einer Entfernung von 25 Kilometer könnten die beiden Bezirke als „naheliegen“ bezeichnet werden. Auch in der Bewertung der Gewächse der beiden Lagen wurde viel völlige Übereinstimmung ausgesprochen. Das Urteil lautete auf Freispruch.

Bermühdes.

Der Marktfurs im Ausland.

dz Mainz, 18. Oktober. Nach der gestrigen starken Erweiterung der Mark trat heute ein teilweiser Stillstand ein. Amsterdam notierte die Mark um 5 Punkte höher mit 1,59. Dagegen eröffnete New York um 1/4 höher mit 0,65 1/2. Dagegen war der Markkurs in Paris um weitere 1/2 (7 1/2) und in Zürich um weitere 50 Punkte (2,90) abgemindert. Die Notierungen in der Berliner Devisenbörse waren größtenteils gegenüber der gestrigen starken Erhöhung etwas abgemindert, so Italien um 25, New York um 4, Paris 31, Schweiz 100, Spanien 95 Punkte. Dagegen waren die Devisen London um 45, Amsterdam um 624 Punkte erhöht.

Streif im Berliner Zeitungsgewerbe.

des Beschl. 17. Oktober. Die Berliner Zeitungsverlegerorganisationen beschreiben eine gemeinschaftliche Erklärung, in der es zu den in der Arbeiterchaft des Buchdrucks- und Zeitungsgewerbes sich geltend machenden Bestrebungen, die Tarifgemeinschaft zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu untergraben, durch die bereits zeitweilig das Erscheinen einzelner Zeitungen verhindert wurde, heisst: Der Tarifausschuss der deutschen Buchdrucker hatte am 25. September durch gemeinschaftlichen einstimmigen Beschluß der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Tariffähigkeit bis zum 31. December neu geregelt. Eine durch die Form der Veröffentlichung der vom Tarifausschuss beschlossenen Lohnsätze entstandenen Zweifel, wie dem Beschluß rechtlich auszugleichen sei, wurde durch postalisch zusammengelegte Tariffinlagen durch gleichzeitige einstimmige Entscheidung geklärt. Die Arbeiterchaft des Verlages Rudolf Risse setzte sich aber über den ordnungsgemäß geschlossenen Tariffbeschluß und das tarifliche Recht hinweg, indem sie über die ursprünglichen Forderungen hinausgehende neue Forderungen stellte, deren Erfüllung in unmittelbarer Form innerhalb drei Stunden verlangt wurden. Gleichzeitig erklärte die Arbeiterchaft, daß die Verhandlungen über diese Forderungen unter Mitwirkung irgend welcher sachlichen Instanzen nicht abgehalten werden würden. Der an den Tarif gebundene Verlag kann hierauf nur antworten, daß er kollektive Bedingungen nur in Uebereinstimmung mit seiner Organisation, als der mitverantwortlichen Trägerin der Tarifgemeinschaft vornehmen kann. Die Arbeiterchaft hat die Erfüllung des Verlages kurz vor dem Erscheinen des Samstags-Abendblatts mit der sofortigen Einstellung der Arbeit beantwortet. Gegenüber dieser

Vorgehen der Arbeiterklasse, das in seiner bewußten Ausnutzung der Tarifgemeinschaft eine Zulammenarbeit zur Unmöglichkeit macht, gibt es für den Berliner Zeitungsoverleaf, um das gefährliche Tarifloch auf dem Untergang zu bewahren, keinen anderen Weg, als sich mit der betroffenen Firma solidarisch zu erklären. Wenn die Berliner Zeitungsoverleafschaft so handelt, so geschieht dies nicht nur dem Wohl der Ror so folgend, sondern im Hinblick auf die Aufrechterhaltung unserer deutschen Gesamtfront. Ich bin sicher, daß die Öffentlichkeit in dem uns an geeigneten Plätzen, den wir so lange als tragend möglich verwendet haben, auf unserer Seite stehen wird. Wer Lärm bricht, bricht sein Wort. Die Verlegererschaft hat sich darüber einig, daß der Wieder Aufbau Deutschlands nur möglich ist, wenn jeder deutsche wertfähige Mann, an welcher Stelle er auch wirken mag, fest zu seinem Wort und zu den geschlossenen Verträgen steht.

Da die Berliner Verlegerschaft-Organisation sich mit dem Verlag Rudolf Mosse, in dem das Druckerpersonal solidarisch erklärt hatte, sind heute morgen nur die drei sozialistischen Blätter sowie die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ erschienen.

Der teure Bohnenkaffee
gibt erst dann allen feinen
Extrakt reiflos her wenn man
Pfeffers & Dillers Kaffee-Extrakt
dazu tut. Ein Versuch überzeugt



Gr. Silberpaket III 3,- Originaldose III 3.50
in allen einschlägigen Geschäften

Wegfall der Kriegsverpflichtungen. Der Kultusminister hat nach Erlass vom 30. September be-
stimmte, daß in Zukunft Nichtkatholiken das Krieges-
zeugnis und das Oberfeldzeugnis nur noch durch Ab-
legung der regelmäßigen Prüfung erwerben können,
und daß auch Kriegsteilnehmer eine Entlassung
der Prüfung nicht mehr gewährt werden kann. Alle
Anträge auf Zulassung zu den regelmäßigen Prüfungen
sind wie bisher an das zuständige Provinzial-
schulkollegium zu richten.

Bensberg. Mehrere am hellen Tage ausgeführte
Hausüberfälle haben die ländliche Bevölkerung in
Aufregung gesetzt. Die Räuber kundschafteten aus,
wann sich eine weibliche Person allein im Hause be-
fand und führten dann ihren Überfall aus. So
überfielen in Kürze drei Personen, die im Auto
kamen, die in einem abseits gelegenen Gehst allein
anwesende Tochter während des Sonntagsgottes-
dienstes und raubten 15.000 M. Am vergangenen
Sonntag nachmittag sprachen in Rastach zwei gut-
gekleidete Männer angeblich wegen der Feuerver-
sicherung vor, stellten dabei fest, daß auch hier die
Tochter allein anwesend war, bestaubten sie mit
einem Beutungsbeutel und raubten 6000 Mark
Schatz. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

Klein Zusammenhang mit der Mordaffäre. Die „Mün-
chener Ansbacher Abendzeitung“ brachte gestern
die Aufsehenerregende Mitteilung, wonach zwei
Berliner Polizeibeamte, die die Namen und Wohn-
ung der Erzbergermörder ermittelt haben wollen,
wegen Betrages vom Amt suspendiert worden
sind. Wie von zuständiger Stelle hierzu mitge-
teilt wird, ist die Nachricht in dieser Form stark
aufgebauscht. Die Untersuchung hat mit der Mord-
affäre Erzbergers nichts zu tun.

Schwedisch. Der Deutsche Offiziersbund in
Stockholm hatte für Montagabend einen Vortrag
angekündigt, worin Admiral Scheer über die Taten der
deutschen Hochseeflotte im Weltkrieg sprechen sollte.
Bei Beginn forderten die Arbeiter die Räumung
des Lokals innerhalb zehn Minuten. Der Kartell-
vorsitzende Fabiola ersuchte die Arbeiter, den Vor-
trag anzuhören, jedoch zu bedenken, daß man in
Admiral Scheer einen Mann vor sich habe, der
1917 sieben Meilen erdissen ließ. Darauf
erhielt wilder Tumult ein. Der Redner wurde von
der Galerie mit Geksch beworfen und die sofortige
Entfernung der deutschen Kriegesflagge von der
Bühne verlangt. Zwischen den Parteien entspann
sich eine wilde Schlägerei, wodurch der Vortrag
verhindert wurde.

Baus des Mittel.

Coblenz. Das alte Coblenzer Hofdenkmal
am Rhein ist in ein Schlossmuseum umgewandelt
worden, in welchem deutsche Kunst vom germani-
schen Altertum bis zum 19. Jahrhundert ausgestellt
wird.

Auch den Räuber Schmidt der „Neue“. Ein
gerges Mischgeschlecht hatte kürzlich ein Verbrechen
in der Leutkirch (Unterfranken). Aus einer Bütte,
die mit frischem Blut gefüllt war, tranken zwei
Männer, denen der süße Saft anheimelnd zu munde-
te. Die Folge war, daß eine bald darauf verendete
andere nur schwer durchgebracht werden konnte.

Beuthen, 18. Oktober. Gestern vormittag
wurde auf der Wollfabrik von Baurabille ein Mord-
versuch ausgeführt. Ein mit zehn Personen besetztes
Auto fuhr vor dem Baurabillgebäude vor, und die
Räuber zwangen die Besatzung und das Publikum
im Hofraum sich mit dem Gesicht gegen die Wand
zu stellen. Sie raubten 90.000 Mark und entlofen
im Auto unerkannt.

Erleichtert. In einer Provinzialstadt wird an
einem Stammtisch ein Berliner eingeladen. Er
sah natürlich alles besser und findet in Berlin alles
schwer und großartig. Seine Ausführungen
klingen in dem Satz: „Es gibt eben nur ein Berlin.“
Der Gast erhebt sich ein ihm gegenüber sitzender Herr
und schüttelte ihm die Hand mit folgenden Worten:
„Ich danke Ihnen für diese überaus beruhigende Er-
klärung.“

Neueste Nachrichten.

Ungeklärte politische Lage.

Berlin, 19. Oktober. Der interfraktionelle
Ausschuß beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung
mit Reichsantrag mit der Frage der Kredithilfe
nach die Industrie. Eine Klärung der politischen
Lage ist nicht erreichbar. Der „Vorwärts“ berichtet
weiter, daß durch die Verkündung der Entschlei-
erung über Oberschlesien eine Situation entstehen
würde, in der Deutschland nicht Tage oder Wochen
ohne allionsfähige Regierung bleiben könne.
Darum stehe die Sozialdemokratie nach wie vor auf
dem Standpunkt, daß der Reichstag nicht vor die
vollendete Tatsache der Regierungslosigkeit gestellt
werden dürfe.

dz Berlin, 19. Oktober. Im Beamtenaus-
schuß des preussischen Landtages wurde
über den Feuerungsantrag des Zen-
trums weiter beraten. Am Verlauf der Debatte
erklärte der preussische Finanzminister Samsel, die
Regierung werde der preussischen Regierung die
wichtigsten Angelegenheiten der Verwaltung der
Landesverwaltung überlassen. Von der Regierung werde
bekannt, daß hier eine durchgreifende Abhilfe ge-
boten sei. Eine weitere Anspannung des Systems
von Ausgleichs- und Verordnungsmaßnahmen über 100
Prozent der Grundgebühren hinaus, würde grund-
sätzlich bedenklich und nicht durchführbar sein. Es
würde deshalb versucht werden, im Rahmen der
Verfassungsordnung auf einem anderen Wege zu
einer Neuorganisation der Bezüge zu kommen. Um
die beabsichtigten Maßnahmen nicht zu gefährden,
würde es es sich zur Stunde noch verlohnen, aber
wäre es es sich zur Stunde noch verlohnen, aber
würde es es sich zur Stunde noch verlohnen, aber

dz Hamburg, 19. Oktober. Die „Hamburger
Warte“ wurde bis zum 31. Oktober einseitig wegen
des Auftrages von Dien Kräft verboten.

dz London, 19. Oktober. „The Westminster
Magazine“ widmet der deutschen Mark
einen Vortragsartikel. Das Blatt schreibt, der
Weg der Mark sei das bei weitem ernsteste Trög-

nis in Europa. Deutschland glaube ansehend
nicht daran, daß die wirtschaftliche Blütezeit der
obereschlesischen Entscheidung des Völkerbundes die
friedliche Förderung der deutschen Industrie in dem
gezielten obereschlesischen Gebiet sichern werde. Es
sei zweifellos, von einer Stabilisierung der Währungs-
gen zu sprechen, solange ungeheure Verpflichtungen,
von denen jedermann wisse, daß sie nicht erfüllt
werden könnten, nicht nur über Deutschland, son-
dern über den meisten anderen europäischen Nationen
schweben gelassen würden.

Der bayerische Handelsminister und die Ausführungen der Spekulation.

dz München, 19. Oktober. Der bayerische
Handelsminister ließ dem Benehmen nach
schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der zu-
ständigen Reichsstellen darauf lenken, daß die Aus-
führungen der Spekulation auf dem Devisenmarkt
auch in den weitesten Kreisen der bayerischen Be-
völkerung Beforgnis und tiefgehende Beunruhig-
ung hervorruft. Dabei wurde darauf hingewiesen,
daß in Bayern die kleinen, um die Grenze des
Erzeugnisminimums sich bewegenden Vermögen und
die Schichten, die nimmend mit dem Untergang be-
troffen sind, schlechter daran sind, als in manchen
anderen Ländern des Reiches, und daß daher
Bayern besonders an den Vorgängen interessiert ist,
die vor allem an den größeren Börsen in Erschei-
nung treten. Wenn schon diese Vorgänge mehr
eine Folge als die Ursache der inneren Wertbe-
wegung der Mark sind und es hiernach unmöglich
ist, mit technischen Mitteln den Sturz der
Mark aufzuhalten, so muß doch nach Auffassung
der bayerischen Regierung versucht werden,
wenigstens den größten Ausschrei-
tungen der Spekulation entgegenzu-
wirken. Hierfür wurde in Uebereinstimmung
mit dem Urteil hervorragender bayerischer Sachver-
ständiger neben anderen Maßnahmen die Einfüh-
rung der Legitimationspflicht und des Schlußschin-
zwangs beim Devisengeschäft angeregt.

Oberschlesien.

dz London, 19. Oktober. Wie Reuters er-
fährt, erklärten sich alle allierten Regierungen da-
mit einverstanden, die Vorschläge des Völkerbun-
desrates in bezug auf Oberschlesien ohne Vorbehalte an-
zunehmen. Sie betrachten es als von höchster
Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng
nach ihnen richten. Was nach der Erwägung unter-
liegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Ver-
fahren betreffen, insbesondere die Frage der Er-
nennung der gemischten Kommission, die die Durch-
führung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völker-
bundesrates überwachen soll. Es wird für wichtig
angesehen, daß diese Frage erledigt wird, bevor die
neue Grenzlinie der deutschen und der polnischen
Regierung bekannt gegeben worden ist.

dz London, 19. Oktober. Der Sonderber-
ichter des „Daily Chronicle“ in Opatow
meldet seinem Blatte, in Opatow, dem Sitz der
interalliierten Abstimmungskommission, wo sich
zahlreiche wirtschaftliche Sachverständige befinden,
herrsche zum Teil Erstaunen und selbst Enttäuschung
über die Vorschläge des Völkerbundesrates zur Teil-
ung Oberschlesiens. Man hege die schlimmsten Ver-
fälschungen wegen der wirtschaftlichen Folgen
durch die Völkerbundsentscheidung, soweit diese be-
kannt sei. Für diese Befürchtungen würden der-
artig zwingende Gründe angeführt, daß man die
Entscheidung des Völkerbundesrates nur bedauern
könne. Einige Sachverständige seien der Ansicht,
daß, abgesehen von der Ungleichheit des Völker-
bundesvorschlages der Erfolg der Empfehlung des
Bundes davon abhängt, ob Deutschland mit vollem
wirtschaftlichem Sinn mitwirken wolle, „was man
selbst von Engeln nicht erwarten könnte“, und ob
die Polen bereit seien, mit den verachteten Feinden
in Freundschaft zusammenzuwirken. Der Bericht-
erstatler weist darauf hin, daß Polen nicht über ge-
nügend Transportmittel verfüge, um den Anfor-
derungen des ihm zugeteilten Gebietes gerecht zu wer-
den. Außerdem würden alle deutschen Beamten,
Werkstatthalter, Ingenieure, gelernte Techniker
Doktoren und Lehrer nach und nach aus dem Polen
zugewiesenen Gebiet auswandern, und obgleich sich
vielleicht an ihre Stelle eine beträchtliche Zahl fran-
zösischer Beamten in diesem Gebiet niederlassen
würden, „daraus verschiedene Mitglieder der
Opatow Mission“, so herrsche doch allgemein die
Ansicht, daß das obereschlesische Dreieck wirtschaftlich
und kulturell absterben werde. Die Sachverständigen
erklärten, die Empfehlung des Völkerbundesrates
trenne wirtschaftliche Realitäten von politischer
Macht. Die Vorschläge müßten entweder zum
Chaos führen, beschleunigt durch deutsche passive
Resistenz, oder dazu, daß Polen durch Deutschland
gezwungen werde, einen derartigen Wirtschaftsver-
trag mit ihm abzuschließen, durch die die politischen
Zwecke, die der ursprünglichen Absicht, Oberschlesien
von Deutschland wegzureißen, zugrunde liegen, hin-
fällig würden.

dz London, 19. Oktober. (Reuters.) Im
Unterhause drang Kennenth auf die Erklä-
rung über die obereschlesische Frage. Er sagte,
die Entscheidung des Völkerbundes habe zur Folge, daß
die Mark um 20 Punkte gesunken sei. Er bemerkte
nebenbei, selbst die Franzosen gäben zu, daß die
jetzige deutsche Regierung die beste sei, die Deutsch-
land bis jetzt gehabt habe. Chamberlain sprach sich
gegen die Erörterung der obereschlesischen Entschlei-
erung aus; dies sei eine Entscheidung des Völker-
bundes, an die alle Verbündeten sich zu halten ver-
pflichtet hätten.

Wiedereröffnung der französischen Kammer.

Paris, 19. Oktober. Gestern nachmittag ist
die Herbstsession des französischen Parlaments er-
öffnet worden. Sowohl die Kammer wie der Senat
haben ihre Sitzungen wieder aufgenommen. In
der Kammer begannen die Interpellationen über
die allgemeine Politik und über die auswärtige
Politik der Regierung. Es sind deren über 50 ein-
geschleichen. Gestern kamen über Interpellationen
zur Behandlung, von denen diejenige des Abg. J. J.
Daudet besonders hervorgehoben zu werden ver-
dient. Daudet griff namentlich das Wesbadener
Abkommen und die Aufhebung der Zollgrenze rechts
des Rheins an. Weiter malte er das Geippen

eines deutschen Revanchefieges an die Wand und
verlangte schließlich nichts mehr und nichts weniger,
als die deutschen Eisenbahnen zu internationalisi-
sieren. Brand befehlte sich geltend nur auf
Zwischenrufe. Die allgemeine Auffassung geht da-
hin, daß eine starke Wehrheit der Regierung ihr
Vertrauen aussprechen wird.

Aus den Berliner Morgenblättern.
Die Kommunisten, die wegen der Bildung
einer roten Armee sich in Untersuchungshaft be-
finden, sind zum Protest gegen die langsame
Führung der Untersuchung, in den Hungerstreik
getreten. — Wie die „Kölnische Rundschau“ mitteilt, sind
jetzt alle Inhaftierten bis auf den Kommunisten
Eiser aus der Haft entlassen worden.

Der Bremerhavener, 19. Oktober. Der Dampfer
„George Washington“ der United-States-Line ist
gestern mittag mit etwa tausend Fahrgästen nach
New York in See gegangen.

dz New York, 19. Oktober. Der Gemeinderat
von New York hat beschlossen, dem Marshall Foch,
Admiral Beatty, General Diaz und dem belgischen
General Jagues, die sich nach den Vereinigten
Staaten begeben, um an dem Konvent der ameri-
kanischen Union teilzunehmen, das Bürgerrecht zu
verleihen.

Die deutsche Krisis.
dz London, 19. Oktober. Der Berliner Be-
richterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zum
Sturz der deutschen Mark: wenn der „Kra-
ch“ kommt, so ist dafür die Entente ver-
antwortlich, weil sie ihn nicht auf die einzige
Art verhindert habe, in der sie ihn verhindern
konnte, nämlich durch eine Verminderung der Zah-
lungsbilanz Deutschlands.

dz London, 19. Oktober. „Daily Chronicle“
schreibt in einem „Die deutsche Krisis“ über-
schrieben Artikel, die Nachrichten über die Ent-
scheidung des Völkerbundes in der obereschlesischen
Frage hätten in Deutschland zur Folge gehabt, daß
das Kabinett Wirth so erschüttert worden sei, daß es
bedrohlich habe, zurückzutreten, und außerdem, daß
der Wert der Mark auf über hunderttausend Mark
für das Pfund Sterling gefallen sei. Der Sturz des
Kabinetts Wirth würde ein sehr ernstes Ding sein,
wenn er eine Rückkehr zu der Wirth-Politik be-
deuten sollte, die verurteilt habe, sich den Verpflich-
tungen gegenüber den Alliierten zu entziehen. Wirth
sei der erste deutsche Kanzler gewesen, der es zu
seinem endgültigen Problem gemacht habe, diesen
Verpflichtungen innerhalb der Grenzen des Mög-
lichen ehrlich nachzukommen. Der rasche Sturz der
Mark könne katastrophale Folgen zeitigen. Ein Zu-
sammenbruch Deutschlands werde weit außerhalb
Deutschlands fühlbar werden und das Wiederauf-
leben des Handels in Europa noch weiter verzögern.

Auf neuem Grund.

Roman von D. Elfer.

(9. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Nach einigen Tagen erhielt Hedwig Hartmann
folgenden Brief:

Rittergut Hollensen, 23. Oktober.

Meine teure Hedwig!
Erst heute komme ich dazu, Dir die schrecklichen
Ereignisse zu berichten, welche die letzten Tage vor-
fielen und auf lange Zeit einen düsteren Schatten
auf unser Leben werfen werden. Auch auf das
Deinige, meine arme Hedwig — und Gott möge sich
Deiner und unser aller erbarmen.

Du hast mich nicht zur Vertrauten Deiner Liebe
zu Hans gemacht. Aber schon während meines Auf-
enthaltes in Stapelburg sah ich ja, wie die Sachen
hingen, und nachher hat mir mein Bruder alles ge-
sagt. Ich traute mich darüber, wie Du weißt — ich
sah aber auch die Hindernisse voraus, die Eurer
Vereinigung entgegenstanden, und die Kämpfe,
welche Eure Liebe Euch kosten würde. Aber solch
schreckliche Ereignisse ahnte meine Seele nicht.

Ich will Dir nicht länger peinigern, meine
teure Hedwig, und Dir gleich schreiben, was ge-
schehen ist. Hans ist schwer erkrankt und mußte in
eine Nervenklinik gebracht werden. Meine
arme Hedwig — Gott wird ja noch alles gut machen.
Erkrankt nicht zu sehr, der Anstaltsleiter, ein be-
deutender Psychiater, hat völlige Wiederherstellung in
sichere Aussicht gestellt, aber wir müssen uns einige
Zeit in Geduld fassen und unser Vertrauen auf Gott
setzen.

Nun wirst Du gewiß auch die Einzelheiten des
schrecklichen Ereignisses erfahren wollen. So
schmerzhaft es für Dich und mich sein wird, will ich
mich doch der traurigen Aufgabe unterziehen, Dir
alles zu erzählen. In den Tagen unseres Harz-
burger Aufenthaltes war Hans ein ganz anderer ge-
worden. Seine festliche Harmonie war gestört, wo-
durch — ach Hedwig, ich kann es Dir nicht ausein-
anderreißen. Du hast ja selbst aus seinen kurzen, ab-
gerissenen Briefen lesen können, wie er mit einem
Dämon rang, der von seiner Seele Besitz ergreifen
wollte.

Laß mich über diese unheilige Angelegenheit
schweigen. Du selbst hast ja schon erraten, wie Du
mir vor kurzen schreibst, daß eine Frau dabei im
Spiele war. Aber ich schwöre Dir zu, Hedwig, daß
Hans Dir nicht untreu geworden ist! Er wehrte sich
gegen diesen Dämon, bis er zusammenbrach. Da,
teure Hedwig, noch in der letzten Stunde schien er
mir den Sieg davongetragen zu haben, und gerade
dieser Sieg beschleunigte die Katastrophe.

Du kennst unsere Mutter. Gültig und aufopfer-
ungsvoll für uns, wenn wir ihren Willen tun, stolz
und streng und unbefugten, wenn man sich ihrem
Willen widersetzt. Es ist unrecht von mir, sie anzu-
fragen, aber ich kann nicht anders: ihr Stolz, ihre
Strenge hat die Katastrophe herbeigeführt. Durch
Wilde und nachgebende Liebe hätte sie gewiß ver-
mieden werden können.

Mama hat Eure Liebe bemerkt, obgleich weder
Hans noch ich ihr etwas verraten haben. Verzeihe
ihm, Hedwig, wenn sie Dich in Deinem Wert nicht zu
schätzen mochte. Ich hoffe, daß noch ein Teil der Tag-
kommt, an dem sie Dich als ihre liebe Tochter in die
Arme schließt. Nun, an dem Tage, als Hans sich
entschieden hatte, zu euch zurückzukehren, kam es
zu jenen ihm und Mama zu einem furchtbaren Ant-
tritt. Mama hatte andere Heiratspläne mit Hans,

er soll — Du ahnst es ja schon — Komtesse Mir
Wandesteben heiraten. Hans aber blieb Dir treu
— ich schwöre es Dir. Deshalb der Horn Mamas
— sie sagte sich fürnisch von ihm los — Hans, so
behaupet Mama, soll die Hand gegen sie erhoben
haben. . . Dann fürzte er fort. Vergessens lachte
ich ihn zu beruhigen. Mehrere Stunden irrte er
nachts in dem furchtbaren Wetter im Walde um-
her. Am Ritternacht fand ihn der Förster am
Radan-Bachfall bestunungslos vor seinem Gehst
liegen.

Man brachte ihn zu uns in das Hotel. Er lag
in dem bestigsten Fieber. Mergie kamen, Mama
konferierte mit ihnen, dann brachte man ihn nach
der Nervenklinik des Sanitätsrats Wiktors,
der eine feilsche Stelle hatte und den Rat
gab, ihn einige Zeit in seiner Anstalt zu lassen. Ich
wird die ersten zwei Tage nicht von seinem Lager,
während Mama alle notwendigen Formalitäten
ordnete.

Hans kam während dieser Zeit wieder zu
klarer Besinnung. Aber er war sehr matt und
konnte das Bett nicht verlassen. Um ihn nicht von
neuem aufzuregen, teilten wir ihm nicht mit, daß
er sich in einer Nervenklinik befand. Er glaubte
sich in einem einfachen Krankenhaus untergebracht
und war ganz zufrieden damit, denn er sah ein, daß
er im Hotel nicht bleiben konnte. Er will keine Be-
sichtigung abwarten, um dann zu euch zurückzu-
kehren. Nach Hollensen soll er vorläufig nicht
kommen, bis er sich mit Mama ausgesöhnt hat.

Das sind keine Pläne, die er mir anvertraut hat.
Gott gebe, daß er sie ausführen kann. Wir haben
viel von Dir gesprochen, meine liebe Hedwig. Hans
hängt mit inniger Liebe an Dir und mich gebeten,
Dir tausendmal innig zu grüßen. Sowie er im-
stande ist, soll er selbst schreiben.

In der Zeit, in der ich mit Hans zusammen
war, habe ich von einer feilschen Störung nichts
bemerkt. Er war so lieb und gut, wie damals, als
wir zusammen in Stapelburg waren. Ich schreibe
Dir dies zu Deinem Troste, meine arme Hedwig, da-
mit Du nicht nach Schlimmeres denkst. Vielleicht
hast Du ja jetzt auch schon von ihm einen Brief.
Schreibe mir doch gleich, was Dir Hans geschrie-
ben hat. Mama hat mir verboten, mit ihm zu
korrespondieren, das würde ihn nur unnütz auf-
regen. Ich sehe den Grund dieses Verbotes nicht
ein, aber ich muß gehorchen.

Wer hätte gedacht, daß unser Aufenthalt in
Stapelburg, wo wir so glücklich waren, solch ein
schreckliches Nachspiel haben sollte! Aber es muß
schon alles zum Besten wenden.

Rebe wohl, meine teure Hedwig, Du kannst
nicht unglücklich sein als Deine treue, Dich innig
liebende Freundin und Schwester. Mariame.

Als Hedwig diesen Brief gelesen, blidte sie mit
harren, irdensaurigen Augen vor sich hin, während
die Tränen über ihre blassen Wangen perlen.
Eine Weile blieb sie in tiefen, traurigen Ge-
danken versunken liegen. Dann raffte sie sich mit
einem tiefen Seufzer auf. Ich will mit Onkel
Tobias sprechen — ich will ihm alles sagen — er
wird nach Harzburg gehen und mir gewisse Nach-
richt bringen — und dann — dann will ich mich
entscheiden.

21.

Hans stand am Fenster seines Krankenzimmers
und sah mähmütig in den Regen hinaus, der un-
unterbrochen in seinen, riefenden Strömen auf den
windberwehten Park niederplätscherte, gleichsam
einen grauen, trübenden Schleier um die vor Kälte
und Kasse zitternde Erde hüllend.

Sanitätsrat Wiktors lebte an dem Kamin des
komfortabel ausgestatteten Zimmers. Ein mildes
Lächeln schwebte um seine bärtigen Lippen und um
seine großen kalten Augen.

Dann wurde ich Ihr Haus verlassen können,
Herr Doktor? fragte Hans.
Das Lächeln des Sanitätsrats ward noch sanf-
ter und milder.

Ich trage eine schwere Verantwortung, Herr
Baron, entgegenstehe er, und ich muß darauf bestehen,
daß Sie sich noch einige Tage vollkommener Ruhe
hingeben. Ich hoffe, es fehlt Ihnen in meinem
Haus an nichts.

Nein — ich danke für Ihre großen Aufmerk-
samkeiten. Aber ich fühle mich vollständig kräftig
und möchte zu meiner Tätigkeit zurückkehren.

Daran ist noch lange nicht zu denken, Herr
Baron!

Aber ich bitte Sie — was fehlt mir denn? Die
keine Erklärung, welche ich bei meinem nächst-
lichen Spaziergang im Walde holte, ist längst be-
hoben.

Bedenken Sie Ihre lange Krankheit, Herr
Baron! Eine Gehirnerkrankung läßt stets Schwäche
des Nervensystems zurück. Ihre Frau Mama hat
mir die äußerste Sorgfalt zur Pflicht gemacht.

Meine Mutter? Ich glaube, ich bin mein
eigener Herr.

Nicht, so lange Sie sich in ärztlicher Pflege be-
finden.

Aber ich brauche keinen Arzt mehr!

Das meinen viele Kräfte.

Ich bin nicht krank!

Ich bitte, erregen Sie sich nicht. Es könnte
Ihren Zustand verschlimmern.

Nun gut, ich will mich noch drei Tage gedulden,
ich erwarte sowieso Briefe, entlassen Sie mich nach
dieser Zeit nicht, werde ich ohne Ihre Erlaubnis
gehen.

Nun, wir werden ja sehen, verehrter Herr
Baron.

Das sanfte, geheimnisvolle Lächeln auf dem
Gesicht des Arztes vertiefte sich. Mit einer höflichen
Beugung verließ er das Zimmer.

Ein seltsamer Klang, murmelte Hans und ging
zu seinem Schreibtisch, auf dem der Dieter vorhin
einige Zeitungen und einen Brief niedergelegt hatte.

Ein Brief meiner Mutter! Es ist nichts! Wes-
halb schreibt Mariame nicht? Weshalb Hedwig
nicht oder ihre Vater? Ich habe doch an beide ge-
schrieben!

Er erbrach den Brief seiner Mutter. Er ent-
hielt nur wenige Zeilen und die Mahnung, sich
ruhig zu verhalten und sich allen Anordnungen des
Arztes zu fügen.

Leicht aufstehend warf Hans den Brief auf den
Tisch zurück. Da erkante eine knurrende Stimme
hinter ihm:

Weshalb lachen Sie? Hier darf nicht gelacht
werden.

Erstaunt wandte sich Hans um. Neben der Tür
stand ein großer hagerer Mann von etwa vierzig
Jahren. Ruckartige Augenbrauen hielten über hinfelnde
mürrische Augen; seine schwarzgrünliche Nase
glänzte einem Würfelspiel, ein großer, dichter
Schmurrbart bedeckte seinen breiten Mund, der
große, weiche, spitze Zähne zeigte. Das graublonde
Haar war kurz geschoren und markierte scharf die
edige Form seines Kopfes. Sein Gesicht war so
mager, daß die Knochenlinien hervorstanden.
Schonerrst hing ihm der grobe Anstrich um die
Schultern.

Weshalb lachen Sie? wiederholte er mit fun-
kelnden Augen und leeren Knirschen der Zähne.
Wie kommen Sie zu dieser Frage? gab Hans er-

